

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 140.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 24. März 1909.

Preis 10 Pf. für die Halle u. Bezugs 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk., für das Umland 2,75 Mk., für die Provinz 3 Mk., für die Provinz 3 Mk., für die Provinz 3 Mk.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Provinz in Halle a. S. u. d. Provinz 20 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Provinz in Halle a. S. u. d. Provinz 20 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Provinz in Halle a. S. u. d. Provinz 20 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf., durch die Post bezogen 25 Pf.

Die Orientfrage.

Erwartungsvolle Stille, so könnte man die augenblickliche politische Lage am besten kennzeichnen. Man sagt, man erzählt, man hört usw. — ob aber dieses Gehörte, Gelesene, Erzählte den Tatsachen entspricht, das läßt sich nicht feststellen. So will man in Berlin wissen, Nachrichten aus Wien und Belgrad liegen noch nicht erkennen, daß es den Einigkeitsverträgen gelungen sei, die Formel eines Ausgleichs zu finden, der die Möglichkeit eines österreichisch-ungarischen Bündnisses beseitigt. In Wien will man weiterhin angeblich in diplomatischen Kreisen erfahren haben, daß Kuchel den Vorschlag des Fürsten Bülow abgelehnt habe, die Mitteilung des österreichisch-ungarischen Entente-Protokolls vor dem Zusammentritt der Konferenz mit der Serbischen Regierung in Anwesenheit von Serbien und der Herzogin von Serbien in Belgrad zu beantworten. Genau wird in Wien behauptet, alle dort aus Belgrad eingetroffenen Meldungen stimmten darin überein, daß von einer Absicht der österreichischen Machthaber, nachzugeben, noch nichts zu spüren sei. So, als hätte geteilt, daß Serbien mit Österreich-Ungarn nicht direkt verhandeln wolle. In Belgrad selber wird Montag abend das Gerücht verbreitet, daß der Hof — schließlich mit Einfluß des Kronprinzen Georg — abgelehnt sei. Große Aufregung solle herrschen, man erwarte wieder einmal den Eintritt außergewöhnlicher Ereignisse. Auch dem „Matin“ hofft man in serbischen Regierungskreisen alles Wichte von der Initiative Englands. Der Vertreter der Wiener „N. Fr.“ in Konstantinopel will auf Grund von Mitteilungen, an maßgebender Stelle erfahren haben, daß die serbische Seite Anfang April irgendwo eintreffen wird. Wichtige Schritte dahin jede Intervention der Mächte in Belgrad erfolglos, so würde der Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in Serbien sich ohne nennenswerte Erklärung eines Ultimatus vollziehen. In Wien aus würde nur gleichzeitig unter dem Ausdruck des Bedauerns den Mächten mitgeteilt werden, daß die diplomatischen Mittel erschöpft seien, um die serbische Regierung eines Besseren zu belehren.

Offenbar wissen, so bemerkt zu allem die „Post“ sehr richtig, mancher Zeitungsredakteur mehr als die beteiligten Diplomaten selber. Mit großem Bedauern kann man heute nur die eine unbewehrteste Tatsache feststellen, daß durch Serbiens Schuld der Donaumonarchie die für sie durch die Macht der Ereignisse notwendig gewordene Umwandlung der Okkupation der beiden ehemaligen österreichischen Vilajets in eine endgültige Annexion eine gewaltige Summe kostet. Die sich hätte ersparen lassen, wenn in Serbien die entsprechende Einsicht vorhanden gewesen wäre.

In der Wiener Bourse für landwirtschaftliche Produkte wurde wie aus einem Privatfordersprecher mitgeteilt wird, die folgende amtliche Erklärung eines des landwirtschaftlichen Kommissars angehängt: Es ist kein Grund vorhanden, die Situation enforcer aufzulösen als in der vorigen Woche. Die Bemühungen der Mächte gehen nicht ab. Serbien zum Einlenken zu veranlassen. Die Wiener „Politische Korrespondenz“ führt aus:

Ein Sonderblatt, zu dessen Namen es gehört, die „Deutschland“ als Innehalt aller Gefahren der europäischen Politik zu wachen, findet im Verkauf der Balkanfrage zu wiederholten Malen der Erhaltung des Friedens durch Vermittlung Österreich-Ungarns vor Einfassungen Deutschlands zu dienen. An den Tagen erobert es neuerdings einen solchen Wahnwitz. Im Hinblick auf das wiederholte Ausfallen solcher Ausfassungen in ausländischen Wäntern, erscheint die Erklärung als angemessen, für die Vermittlungen zur Rettung Österreich-Ungarns vor den Wäntern der deutschen Politik sein demerger getragener Anspruch gewahrt werden konnte als der jegliche. Seit der Stunde, der Österreich-Ungarn die letzten natürlichen, von ganz Europa anerkannten Konsequenzen seiner in Vödsien und der Herzogin seit Jahrzehnten erworbenen Stellung gezogen hat, trat Deutschland für das Recht und die Vorgesangsrechte der verbündeten und angestrebten Rechte ab, ohne das geringste Zaudern mit einer überbrücklichen und Verantwortlichkeit ein, die der sein anderes Gefährlich als das wärmere Anerkennung werden konnte. Ohne den letzten Versuch, auf die Einsicht, welche Österreich-Ungarn für die Weiterführung ihrer bösnischen Angelegenheiten mit Selbständigkeit zu lassen, Einfluß zu nehmen, hat das Berliner Kabinett sich freundschaftlichem Eifer alles getan, was ihm im Hinblick auf das vor Jahrzehnten gewordene enge Verhältnis zur Monarchie in der Überzeugung von dieser erwiesenen Treue und zum Schutz der Stellung der alliierten Mächte auf dem Gesamtgebiet der europäischen Politik als seine Pflicht erkannt hat. Es sei mit dem Ausdruck erklärt, daß man in Wien die Haltung Deutschlands an der Seite Österreich-Ungarns

in der jetzigen ernsten Phase der Balkanangelegenheiten als ein Muster tadellos der Bündnistreue und warmer Freundschaft würdigt und von der Versicherung, daß Deutschland der politische Republik Österreich-Ungarns sei, versichert bleiben möchte. Alle politischen Kreise, die auf dem Boden der Wirklichkeit stehen wollen, haben damit zu tun, daß die Richtungslinien Österreich-Ungarns und Deutschlands in Bezug auf die in der nächsten Zukunft zu lösenden Probleme identisch sind und daß zwischen den beiden Kabinetten und allen an diesen Aufgaben mitwirkenden Staatsmännern der beiden Kreise das vollkommene gegenseitige Verständnis und ungetrübter Einfluß über das zu verfolgende Ziel und die zu wählenden Mittel herrschen.

Wir verzeichnen noch folgende Telegramme:

Sofia, 23. März. „Veceva Post“ erklärt sich für ermächtigt, die Behauptung, daß mehrere junge bulgarische Offiziere als Freiwillige nach Serbien gehen, entgegnet zu bemerken. In den jetzigen verhängnisvollen Zeiten müßten die bulgarischen Soldaten nur für das eigene Vaterland kämpfen, und es wäre unangemessen, daß Offiziere ein Beispiel von Vödsiergeizigkeit geben. Die Nachricht wird übrigens auch an maßgebender militärischer Stelle kategorisch bestritten. Wichtig würde die Selbstgeheißer Mächtigkeiten, die sich in der Umgebung Sofia anhäufen. Die Polizei hat Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren.

Konstantinopel, 23. März. Wie verlautet, hat die türkische Regierung ihrem Gesandten in Belgrad die Weisung erteilt, der serbischen Regierung den Rat zu geben, die österreichisch-ungarischen Vorschläge anzunehmen. Bei der heftigen serbischen Gegenwehr sind Nachfragen eingelaufen, die eine friedliche Lösung der Streitigkeiten hoffen lassen. Auch in amtlichen türkischen Kreisen hofft man seit gestern auf eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten.

Der Marineetat in der Budgetkommission.

Im Anschluß an unsere telegraphischen Mitteilungen in Nr. 139 der „Soll. Jg.“ wird uns weiter aus Berlin über die Sitzung der Budgetkommission des Reichstages am 23. cr. gemeldet: Vom Zentrum wurde behauptet, daß Deutschland die Gelegenheit verläßt habe, mit England ein Arrangement zu treffen. Der Führer der Sozialdemokratie meinte, der Vorwurf sei nicht begründet, daß die deutsche Regierung den englischen Anregungen nicht gefolgt sei. Der konservativere Redner erklärte, ein Abgehen vom Flottengesetz wäre durchaus fehlerhaft; von einer Zweideutigkeit in dem Verhalten unserer Regierung in der Flottenfrage könne keine Rede sein. Der Redner der Reichspartei schloß sich dem an; der aufstrebende Widerspruch zwischen den Erklärungen im englischen Parlament und denen in der Reichstagskommission sei nunmehr der deutschen Auffassung aufgelöst. Die deutsche Regierung habe die allein richtige Haltung eingenommen, indem sie zu verstehen gab, daß Deutschland am Flottengesetz festhalte. Ein Zentrumredner verwarf diese Behauptung, daß keine Partei vom Flottengesetz abgehen wolle. Der nationalliberale Redner erklärte, seine ganze Partei halte am Flottengesetz und seinem planmäßigen Ausbau fest. Eine Verständigung mit England allein habe gar keinen Sinn, eine solche könne nur internationaler Natur sein. Die Seidewirtschaftler wünschten nicht, falls keine Milderung des Flottengesetzes. Die Wirtschaftliche Vereinigung hält den Zeitpunkt für eine Verständigung über die Flottungen für noch nicht gekommen. Ein Einzelgenosse wurde nur den Einbruch der Schwäche hervorzuheben. Die geborenen Schlußsätzen, ferner die für sechs neue Umlaufschiffe bzw. keine Kreuzer geforderte Summe von 26,5 Millionen und die Neubestellungen für Torpedobohote und Arminen wurden bemittelt. Auf eine Anfrage teilte Unterstaatssekretär Tzwele mit, daß ein Gesetzentwurf über die Heranziehung der staatlichen Betriebe zu den Gemeindesteuern vorbereitet sei, jedoch wegen Aufhebung des Ostros vor dem 1. April 1910 nicht in Kraft treten werde. Die im außerordentlichen Etat geforderte Summe von 24 944 045 Mk. wird abzüglich von 87 500 Mk. genehmigt, ebenso der Einnahmetitel, der um 670 000 Mk. höher angelegt wird. Damit ist die Beratung des Marineetats beendet. Nächste Sitzung heute: Etat für Kaufhaus, Eisenbahnnet.

Heber die Märzgefallenen-Rede der „Barthiner“

macht sich die „Freiinnige Zeitung“ mit Recht lustig. Das Organ der Barthischen Demokratie, die „Berliner Volkszeitung“, hatte mitgeteilt, daß der Jung von 30 Wagen mit Kränzen, die auf die Gräber der Märzgefallenen gelegt wurden, durch ganz Berlin sich bewegt und namentlich auch unter den Linden großes Aufsehen erregt habe. Dazu schreibt das Organ der Freiinnigen Volkspartei despektierlich, sie hätte sich von der Demonstration eigentlich mehr vorgestellt gehabt; denn großer Aufsehen erregt es in Berlin auch, wenn ein Proßkammerherr hütze oder wenn ein Bettmännchen über die Straße laufe. „Neben Jungs hätten die Demonstrationen doch wohl erst erreicht, wenn die Menge die Pferde ausgehakt und die Wagen unter Karrenruten am königlichen Schloß vorbeigefahren hätte. Auf diese Ehre aber haben die Barthiner verzichtet müssen.“ Diese bissige Bemerkung aus dem Lager ehemaliger Parteigenossen Barth's hat die Dresdener sozial-

demokratische „Volksmacht“ scharf aufgeregt. Das Blatt schreibt mit der ihm zur Verfügung stehenden „Anmut“: „Welche Dreckschele gehört dazu, Märzgefallene mit Bettmännchen zu vergleichen, die durch die Straßen laufen. Das ist die Gräßlichkeit, die sich über unsern Ton empört und die längst herabgefallen ist unter die ordentlichen Pfaffen.“ Sogar den ehemaligen Reichsminister gegenüber schreibt die „Freiinnige“ empörende Bemerkungen gewissermaßen zum 25. Jubiläum der Gründung der Freiinnigen Partei. „Es nicht auch dem alten Träger die Schamröte ins Gesicht fließt, wenn er diese Eckschmählichkeit liest?“

Offenbar fühlt man sich in der Sozialdemokratie, die schon seit Jahren eine recht lärmende Märzgefallenen-Rede treibt, durch den scharfen Spott der „Freiinnigen Zeitung“ getroffen. Dieser Spott ist aber insbesondere und auch der Sozialdemokratie gegenüber vollst. berichtigt.

Deutsches Reich.

* Die Finanzkommission des Reichstages trat am Dienstag in die Beratung des von der Submissionskommission eingebrachten Finanzneueinvernehmungsvertrages ein. Der Schatzsekretär erklärte, daß die verbündeten Regierungen nur vor dem Monopoli den Vorschlag geben, das dessen Nichterfüllung die Beibehaltung der Liebesgabe bedeute. Trotzdem sei er bereit, auch bei der Ausgestaltung des neuen Einvernehmens mitzuwirken, und halte eine Verständigung auf dieser Grundlage für möglich. In der Debatte die sich mit der Regelung des Montangetzes befaßte, wurde drei Änderungsanträge vorgelesen, darunter von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit des Schutzes der süddeutschen Erze betont. Die Bundesratsvollmächtigten von Bayern, Württemberg und Baden erklärten den Entwurf für unannehmbar und stellten sich auf den Boden der Monopolvorlage. Von freistüniger Seite wurde das Wiederanftauchen des Monopolabkommens befürchtet, während von konservativer und nationalliberaler Seite der Sympathie für die Regierungsvorlage Ausdruck gegeben wurde.

* Die Vorschläge der Arbeitskommission. Die 34. Reichstagskommission hat in der ersten Sitzung des Arbeitskommissionengesetzes eine Reihe von Änderungen vorgenommen, von denen die wichtigsten die folgenden sind:

Den Arbeitskommissionen wird die Befugnis erteilt, aus eigener Initiative Enquetes über ihr zugehöriges Vorgehen zu veranstalten, sie kann auch auf Anfragen der Beteiligten beim Abschlusse von Tarifverträgen mitwirken und die Erstattung von paritätischen Arbeitsnachrichtigen fordern. Für den Fall, daß Arbeitnehmer, die in einen Streit verwickelt sind, in den Bezirken mehrerer Gewerbegebiete arbeiten, können sie sowohl Arbeitskommission als Gewerbebehörde anrufen, schlichterweise aber nur eine von beiden. Die Betriebsräte, Werkschlichter und Redner sollen nicht, wie die Vorlage wollte, unter der Zuständigkeit der Arbeitskommission stehen, dafür hat man aber die Eisenbahnarbeiter den Arbeitskommissionen unterstellt. Die Regierung wird sich dieser Bestimmung aber, wie es heißt, auf keinen Fall beugen. Das Art. 23 Abs. 1 soll nicht mit dem 25. verbunden dem 21. Abschnitt beizubehalten, demzufolge der positive Wahrspruch statt mit dem 30. mit dem 25. Jähre. Die Kommission hat weiter beschlossen, die Wahlbarkeit der Unternehmer und Arbeitersekretäre (Organisationssekretäre) zu proklamieren. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Kommission blieb nach der Vorlage bestehen, auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder können gewisse Bestimmungen stattfinden.

* Ergänzungspräsidat. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat Excellenz an den Ministerialdirektor in Wittenberg der geistlichen, Unterrichts- und Weidwandsangelegenheiten Wirklichen Geheimen Oberkonsulenten Dr. Schwanitzky. Diese Auszeichnung erteilt sich daraus, daß gestern zum Jahr seit Schwanitzky's Ernennung zum Ministerialdirektor verfloßen waren. Von der Ernennung zum Kultusminister, die eine Prüfung im Sondergrade fand, scheint man abgesehen zu haben. Es wird vielfach eine Hebertragung erwartet.

* Landtagsparlament. Nach dem Ergebnis der gestrigen Wahlmännerwahl hat der Landtagsparlament des Bundes Reichstags am 3. Düsselhorf ist die Wahl des Nationalparlament Dr. Kufas (an Stelle Dr. v. Büllinger's) gescheit.

* Das Schlußstück des deutschen Schlußvertrages zwischen Elisabeth II. am 22. abend von Royal Sovereign-Geheimrat im Hinblick des englischen Königs gemeldet worden. Die neue Wände und Nebel berichten, verzögert sich das Eintreffen des Schlußstücks in Bremerhaven um einige Tage. Die ursprünglich auf den 27. März angelegte Verständigung des Schlußstücks und der Bestätigung fällt aus.

Heber ein englisch-deutsches Zusammenwirken in Neu-Guinea hat vor einigen Tagen das Neuterliche Bureau Mitteilungen gemacht. Wie die „N. Fr.“ an zehnjähriger Stelle erfahren, handelt es sich dabei um folgenden Tatbestand: Die australische Regierung hatte beim Gouverneur in Gerberstamm die Mägen über die Bestimmung des englischen Gebietes durch Eingeborene im Jahre 1908 zu erfahren gehabt hätten. Dabei handelt es sich um Eingeborene aus Gebieten, deren Zugehörigkeit zur deutschen oder englischen Oberhoheit noch nicht einwandfrei festgestellt. Die englischen Behörden hatten das Gouernement ersucht, gegen die Eingeborenen entweder selbst vorzugehen oder einzuwilligen, daß dies von englischer Seite aus geschehe. Darauf wurde der Leiter der deutschen Abteilung der

Provinz Sachsen und Umgebung.

r. Bismarck, 23. März. (4000 Mark Guthaben) konnte in diesem Monat an 38 Konfirmanden aus der hiesigen Schulparochie zurückbezahlt werden. Das Guthaben sämtlicher Sparere beträgt gegenwärtig fast 12 000 Mark.

Letzte Telegrame.

Der Mobilisationsplan. Fest 24. März. Die Militärabteilung des Magistrats mußte nachstehenden Dienst versehen. Darum wird gefordert, daß der Mobilisationsplan heute veröffentlicht werden wird.

Die Luftschiffahrt.

Witterfeld, 24. März. Der neue Parsevalballon freute gestern bei einer Fahrhöhe von 250 m über dem Ufer der Elbe dem Publikum die Wunde und zeigte eine Fahrleistung von 11 Stunden.

Minister vom Gehenthal.

Dresden, 24. März. Minister vom Gehenthal ist aus dem Sanatorium wieder in sein Heim übergeführt worden. Sein Befinden ist noch ungenügend.

Reisender v. Jael vernichtet.

Berlin, 24. März. Reisender v. Jael, der den Steingewerksmeister in Danienberg erschoss, wurde der schließlichen Rettung schuldig gesprochen und zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kämpfe türkischer Truppen.

Saloniki, 23. März. Zwei Stunden von Dibre entfernt fand ein Kampf türkischer Truppen mit dem Albanesen Ali Iskafia statt, wobei ein Mann und elf Mann verwundet, vier Mann getötet wurden.

Schwasserborberlagen.

Nach Mitteilung der hydrographischen Landesabteilung der R. S. Statthalterei zu Prag ist für Donnerstag, den 25. d. Mts. früh ein Wasserstand von + 3,50 Meter am Pegel zu Zargau zu erwarten.

Wasserstände.

Table with 2 columns: Location and Water Level Change. Includes entries for Mühlberg, Zargau, Wautzen, Wittenberg, Hoflau, Alten, Barby, Schönbeck, Preßlau, Langensalza, Sandau, Dom. Mühlentoch, Wittenberge, Trositz, Rothensberg, Calbe, and GutsMuths.

Witterfeld.

Nach sechsen eingegangener neuer Mitteilung der hydrographischen Landesabteilung der R. S. Statthalterei zu Prag ist für Donnerstag, den 25. d. Mts. abends ein Wasserstand von + 4,40 Meter am Pegel zu Zargau zu erwarten.

Wasserstände.

Table with 2 columns: Location and Water Level Change. Includes entries for Mühlberg, Zargau, Wautzen, Wittenberg, Hoflau, Alten, Barby, Schönbeck, Preßlau, Langensalza, Sandau, Dom. Mühlentoch, Wittenberge, Trositz, Rothensberg, Calbe, and GutsMuths.

Witterfeld.

Nach sechsen eingegangener neuer Mitteilung der hydrographischen Landesabteilung der R. S. Statthalterei zu Prag ist für Donnerstag, den 25. d. Mts. abends ein Wasserstand von + 4,40 Meter am Pegel zu Zargau zu erwarten.

Wasserstände.

Table with 2 columns: Location and Water Level Change. Includes entries for Mühlberg, Zargau, Wautzen, Wittenberg, Hoflau, Alten, Barby, Schönbeck, Preßlau, Langensalza, Sandau, Dom. Mühlentoch, Wittenberge, Trositz, Rothensberg, Calbe, and GutsMuths.

blatt", in einer Reihe von Organisations und Verlegung hin. So waren vor allem das B. A. G. und die von ihm abhängigen Gewerkschaften in die Lage, eine unzureichende Ausfüllung der Zeitungen zu bewerkstelligen.

Die Zeitungen traten noch weitere Veränderungen ein. Das Schillingen der Schiffahrt wirkte nämlich auf den Absatz. Ebenso war in der Metallindustrie eine Besserung nicht zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstand gekommen war.

Die Eisenindustrie war in der Metallindustrie eine Besserung nicht zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstand gekommen war. Die Eisenindustrie war in der Metallindustrie eine Besserung nicht zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstand gekommen war.

Die Eisenindustrie war in der Metallindustrie eine Besserung nicht zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstand gekommen war. Die Eisenindustrie war in der Metallindustrie eine Besserung nicht zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstand gekommen war.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Preise für verschiedene Waren. Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Preise für verschiedene Waren. Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Maschinen für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 1,15 M., Weizenstroh 1,10 M., etc. Maschinen für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 1,15 M., Weizenstroh 1,10 M., etc.

Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Preise für verschiedene Waren. Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Preise für verschiedene Waren. Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren. Warenmärkte. Preise für verschiedene Waren.

